

Frank Jost

# Meinungsbildung vor Ort – Chancen für Stadtentwicklung und lokale Demokratie

Bericht vom vhw-Verbandstag am 15. November 2018 in Berlin

Zum ersten Mal im Congress-Center am Berliner Westhafen war der vhw mit seinem jährlichen Verbandstag, genauso wie die meisten der etwa 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung. Die neue Location erfuhr von Publikum und Referenten zahlreiches Lob (neudeutsch: „Likes“) und passte so auch zum anspruchsvollen Programm der Tagung. Veränderungen in der Medienlandschaft und der politischen Kultur sowie ein zunehmender gesellschaftlicher Wandel wirken unmittelbar auf Meinungsbildungsprozesse vor Ort ein, was wiederum Auswirkungen auf das Aushandeln von Lösungen in den Kommunen hat. Welche Chancen bestehen vor diesem Hintergrund für Stadtentwicklung und lokale Demokratie? Das war eine zentrale Fragestellung des vhw-Verbandstages am 15. November 2018. Die Moderation übernahm die Journalistin Tina Kraus.

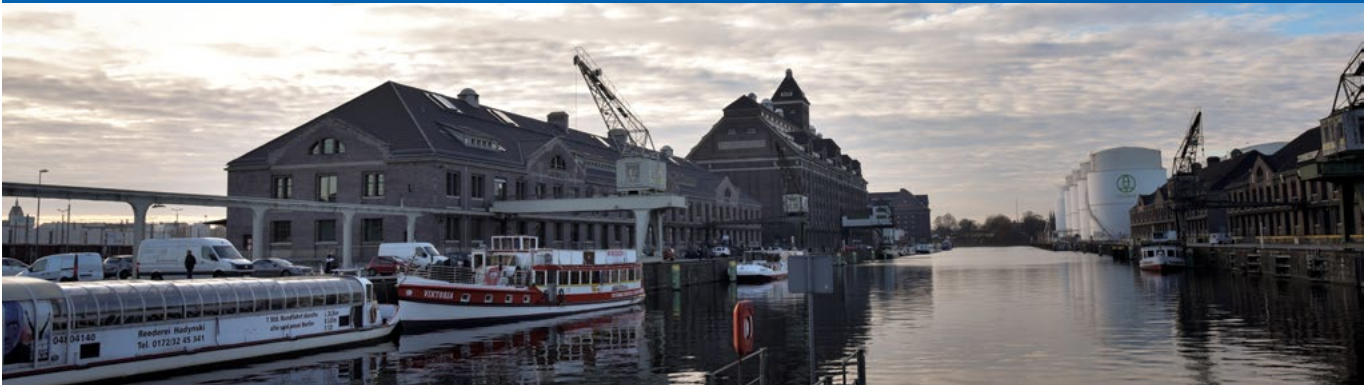


Abb. 1: Neue Location für den vhw-Verbandstag in Berlin: das WECC – Westhafen Event & Convention Center

**Dr. Peter Kurz**, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und Verbandsratsvorsitzender des vhw, eröffnete die Veranstaltung mit einem Ausblick auf anstehende „Suchbewegungen“, da validierte Antworten auf die Fragen zum Paradigmenwechsel in der Medienlandschaft derzeit noch ausstehen. Er stellte in Zweifel, ob die „Herrschaft des Arguments“ tat-

sächlich funktioniere und stattdessen nicht oft eine Grundhaltung des „Sich-nicht-rechtfertigen-müssens“ existiere. Vor diesem Hintergrund müsse verstärkt auch über kommunale Kommunikationslandschaften nachgedacht und damit das Thema Kommunikation auch in die Nähe der Daseinsvorsorge gerückt werden.



Abb. 2: Begrüßung und Einleitung: Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und Verbandsratsvorsitzender des vhw

**Prof. Dr. Jürgen Aring**, Vorstand des vhw, leitete in das Tagungsthema ein, indem er die Einordnung in die Handlungsfelder Stadtentwicklung und lokale Demokratie beim vhw erläuterte. Bürgerperspektive und Partizipation seien da wichtige Stichworte, ebenso ein fairer Diskurs um das „bessere Argument“. Leider sei der „deliberative Diskurs“ derzeit nicht der Normalzustand, sondern es seien vielmehr starke Asymmetrien in der Kommunikation festzustellen. Bei dem Ziel „Stärkung der lokalen Demokratie“ müsse sich der vhw intensiv auch mit dem vorpolitischen Raum der Meinungsbildung beschäftigen. Denn neben den vielen technischen Neuerungen und Möglichkeiten der Einbringung von Meinungen würden auch Risiken des Wandels konstatiert und gleichzeitig die Rolle der Medien und der Journalisten kritisch hinterfragt.

Wie und wo entstehen vor diesem Hintergrund politische Meinungen, sei es bei Baumaßnahmen, Verkehrsprojekten oder Flüchtlingsunterkünften? Welche Bedeutung hat der Wandel der Medienwelt für die Meinungsbildung vor Ort? Ein Problem dabei: Die Veränderung der Kommunikationslandschaften führe dazu, dass u.a. auch demokratiefeindliche Akteure – vorbei an journalistischen „Gatekeepern“ – Zugang zu Öffentlichkeiten erhalten und dabei Diskurse beeinflussen und Themen setzen.

## Durch agile Netzwerke zu klügeren Entscheidungen

„Wie steht es um unsere Demokratie in einer sich stetig verändernden Medienlandschaft?“, fragte **Marina Weisband**, politische Aktivistin und ehemalige politische Geschäftsführerin und Mitglied des Bundesvorstands der Piratenpartei, in ihrem Vortrag. Dabei gehe es nicht um eine Infragestellung des demokratischen Systems, sondern vielmehr um eine Anpassung. Wenn wir von Digitalisierung reden, gehe es um einen Übergang von der Industriegesellschaft in eine Digitalisierungsgesellschaft mit allen Umwälzungen, die damit einhergehen – etwa der Änderung der Berufswelt. Dazu komme ein immenser Wertewandel, in dem etwa die Rolle von Frauen, von Familien, von Informationen neu bewertet werden. Populismus und Extremismus vorzubeugen, sei ein wesentliches Ziel. Dabei müssten die Menschen das Gefühl haben, Einfluss zu haben und zur Gestaltung der Gesellschaft beizutragen. Mit einem Appell richtete sie sich an das Publikum der Veranstaltung: Kommunikationsräume müssten von den Akteuren aus Politik, Medien, Wissenschaft und Verbänden bereitgestellt werden.

Digitale Werkzeuge und Plattformen stellten nicht nur das Problem dar, sondern seien Teil der Lösung, so Marina Weisband. Als Beispiel nannte sie die Nachbarschaftsplattform nebenan.de, die zu einer Gemeinschaft von vormals anonymen Nachbarschaften führe. Das Digitale werde niemals Ersatz für den zwischenmenschlichen Austausch sein, könne aber als Voraussetzung der Annäherung dienen. Dabei müsse jeder Einzelne mit seinen spezifischen Erfahrungen und Kenntnissen die Möglichkeit erhalten, sich in demokratische Prozesse einzubringen. Der Ansatz von „liquid democracy“ beruhe auf dem System des Vertrauens und umfasse die Weitergabe von Stimmen an Experten, denen man vertraut. Dieses Vorgehen führe zu agilen Netzwerken und damit zu intelligenteren und klügeren Entscheidungen. Die Kombination von On- und Offline könne vor diesem Hintergrund zu einem guten Entscheidungssystem führen. Auch wenn diverse Umsetzungen von „liquid democracy“ bisher gescheitert sind, so gebe es doch ein Stadtteil von Kiew ein seit Jahren funktionierendes Beispiel, das genau deshalb funktioniert, weil die Entscheidungen des Systems – im Gegensatz zu vielen anderen Beispielen mit Vorschlagscharakter – verbindlich sind.

Ganz konkret stellte sie das Beispiel der Plattform aula.de vor, auf der die Angelegenheiten von Bildung und Schule behandelt werden. Auch hier stehe dabei die Verbindlichkeit der Befassung mit eingebrachten Vorschlägen im Zentrum, und zwar in den Spielräumen, die vorher dafür vertraglich vereinbart wurden – etwa Klassenfahrten, Hausordnung, Busverkehr, Essen etc. und in Absprache mit den Lehrern auch die Gestaltung des Unterrichts. Über eine Software werde dieser gemeinsame Prozess strukturiert und allen zugänglich gemacht, wodurch die Jugendlichen lernen, konstruktive Kritik zu üben. Vorschläge und Verbesserungsvorschläge werden in einer Mischung von Online und Offline qualifiziert, also ergänzend zur Software auch durch Plakataktionen, Diskussionsveranstaltungen etc. Zentral sei dabei das Gefühl der Jugendlichen in den Feldversuchen, etwas erreichen zu können.

Die Plattform solle über den Schulbereich auch auf andere Bereiche – etwa kommunale Foren – übertragen werden und als Modell dienen. Kommerzielle Unternehmen stünden hier bereit, die Zivilgesellschaft halte sich da eher zurück. Doch hier sei eine größere Offenheit von Nöten, um die digitale Welt zu gestalten, ohne sich den Logiken der Vermarktbarkeit unterwerfen zu müssen. Marina Weisband schloss ihren Vortrag mit dem Appell, sich vor diesem Hintergrund stärker den Hinweisen etwa von Migranten oder von 20-Jährigen zu öffnen, die digitalen Medien seien hier ein hervorragendes Portal zu diesen Menschen.



Abb. 3: Marina Weisband



Abb. 4: Gespanntes Auditorium

## Lokale Öffentlichkeit(en) im Wandel

Seit der Institutionalisierung von Social Media habe sich eine massive Veränderung ergeben, unterstrich Prof. Dr. Otfried Jarren von der Universität Zürich. Das etablierte lokale Mediensystem werde grundlegend verändert – mit Folgen nicht allein für die besagten Medien und die medialen Vermittlungsstrukturen, sondern für alle intermediären Akteure wie für die Konstitution lokaler Öffentlichkeit. Lokale Öffentlichkeit werde transformiert, was er im Folgenden mit 8 Fragen untermauerte.

**1. Unterscheidet sich die lokale Öffentlichkeit von der allgemeinen gesellschaftlichen Öffentlichkeit?** Diese Frage beantwortete er mit „Ja“, denn die lokale Welt sei ein Nahraum, der direkte soziale Interaktionen ermöglicht. Er sei ein Lebensraum, der grundsätzlich von den Menschen erfahren wird und der nachvollziehbar gestaltet werden kann. Er sei ein politischer Geltungsraum, in dem demokratische Institutionen, Akteure wie Prozesse ein hohes Maß an Sichtbarkeit und Unmittelbarkeit aufweisen. Hier werde Demokratie sichtbar und erfahrbar.

**2. Sind lokale Öffentlichkeiten einander ähnlich?** „Ja und nein“, denn sie könnten, müssten aber nicht Strukturähnlichkeiten aufweisen. Ähnlichkeiten ergäben sich aus institutionellen Bedingungen, so aufgrund von rechtlichen Vorgaben, dem intermediären System mit seinen Akteuren, vorgeschriebenen wie etablierten Prozessen. Ansonsten unterscheiden sich lokale Räume wie lokale Öffentlichkeiten voneinander, nicht zuletzt aufgrund sozioökonomischer und soziokultureller Bedingungen, die das Ergebnis historischer Entwicklungsprozesse sind.

**3. Warum ist die Annahme von Einheit ein Problem?** Wir zielten auf Einheit ab, so Otfried Jarren – wir wüssten aber um Unterschiede, wir sehen Veränderungsprozesse. Aber wir halten gerne an Einheitsvorstellungen fest – nicht zuletzt aus normativen Überlegungen heraus. So gehe es um den Anspruch auf Integration oder Kohäsion.

**4. Was sind und was ermöglichen Social Media?** Social Media seien nicht nur Technologien, zumal keine Technologien, die man einfach regulieren kann: Es bilden sich mit ihnen soziale Intermediäre aus, es etablieren sich neue Institutionen – Institutionen, die über eigene Normen und Regeln verfügen und diese durchsetzen.

**5. Was für Folgen zeitigt die Institutionalisierung von Social Media für kommunale Geltungsräume?** Die Institutionalisierung von Social Media verändere zum einen das mediale institutionelle Vermittlungsgefüge: Die traditionellen Medien verlieren an Bedeutung; die Auflagen wie die Reichweiten sinken; die Pressekonzentration nimmt zu; die Finanzierung des Journalismus wird zu einem Problem. Über die publizistischen Medien allein können weder Stadtverwaltungen noch Parteien die Bürgerinnen und Bürger mehr erreichen.

Zum anderen seien die lokalen Intermediäre, wie Parteien, in ihrem Kerngeschäft betroffen. Denn: Wer etwas artikulieren will, wer Interessen vorbringen und durchsetzen will, der benötigt dazu nicht mehr Presse, Parteien oder muss gar einen Verein gründen, sondern kann das kommunikativ via Social Media angehen.



Abb. 5: Prof. Dr. Otfried Jarren von der Universität Zürich

**6. Warum sind Social Media Ausdruck und Treiber der segmentären Differenzierung der Gesellschaft?** Social Media erlauben die Ausbildung von immer kleineren Grüppchen mit spezifischen Anliegen und Wünschen. Social Media erlauben diesen Gruppen, dass sie sich verfestigen und dauerhaft etablieren. Der Austausch zwischen Gruppen werde schwieriger, auch weil es nicht mehr die Massenmedien gibt, die über alles von Bedeutung unterrichten und Relevantes bestimmen.

**7. Was sind die Auswirkungen von Social Media auf das gesellschaftliche Vermittlungssystem?** Unter den Bedingungen von Social Media werde die Reduktion der sozialen Komplexität noch anspruchsvoller, weil immer mehr Meinungen, Vorstellungen wie Positionen artikuliert werden – und dies nicht nur bei laufenden politischen Prozessen, sondern auch jenseits konkreter Vorhaben. Es bestehe ein Überschuss an Äußerungen, an Mitteilungen – adressierten wie nicht adressierten.

**8. Genügen Social Media den Ansprüchen einer demokratischen lokalen Öffentlichkeit?** „Nein und ja“, so Otfried Jarren. Social Media beeinflussten lokale Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse. Sie konstituierten vielfältige lokale Sub- oder Teilöffentlichkeiten. Sie ermöglichten die aktive kommunikative Teilhabe für Einzelne, Gruppen und Organisationen.

Ein fundamentaler Wandel lokaler Öffentlichkeiten fände derzeit statt. Von diesem Wandel seien nicht allein die traditionellen Medien wie der Journalismus betroffen, sondern das gesamte gesellschaftliche Vermittlungssystem verändere sich. Diese Entwicklung könne derzeit nur partiell abgeschätzt werden, so Otfried Jarren zum Abschluss seines Vortrags. Aber, es böten sich auch Chancen: Lokale Öffentlichkeit werde da-

mit zu einem politischen Gestaltungsgegenstand. Es bedürfe neuer Leitbilder für die lokale Öffentlichkeit. Es gehe um die Etablierung einer lokalen Medien-, besser: einer kommunalen Medien- und Kommunikationspolitik. Das erscheine anspruchsvoll, sei es auch, aber die technologischen Möglichkeiten böten eine Chance: Sie ermöglichten eine Gestaltung. Und dieser Gestaltungsauftrag, der sich auch auf technische Infrastrukturen bezieht (Stichwort: Lokale Plattform) ergebe sich nicht nur aufgrund funktionaler Notwendigkeiten, sondern sei auch normativ gut begründet: Wir benötigen demokratische lokale Kommunikationsgemeinschaften.



Abb. 6: Meinungsbildung vor Ort: Jürgen Wiebicke im Gespräch mit Dr. Peter Kurz

## Bürger, Blogs und politische Botschaften: Meinungsbildung vor Ort heute

Dieses Thema diskutierte **Jürgen Wiebicke**, Philosoph, Journalist und Schriftsteller, mit dem Mannheimer Oberbürgermeister **Dr. Peter Kurz**. Jürgen Wiebicke unterstrich einleitend, dass wir seines Erachtens derzeit nicht nur eine schwierige und gefährliche Zeit erleben, sondern auch eine Zeit des Aufbruchs. Bei allem Engagement, das aus der Zivilgesellschaft in der letzten Zeit entstanden ist, stelle er jedoch oft fest, dass trotz teilweise hoher Qualifikation und Bildung erhebliche Lücken im Wissen darum vorhanden seien, wie Demokratie funktioniere. Es bedürfe also in erster Linie einer Struktur, eines Netzwerkes, eines „Alphabetisierungsprozesses“, um das vorhandene und auch das potenzielle Engagement in der Zivilgesellschaft zu steuern.

Auf die Frage, wann er angefangen habe, mit dem Smartphone Politik zu machen, antwortete Peter Kurz, dass er das nicht mehr genau datieren könne, so sehr sei dieses Instrument inzwischen selbstverständlich geworden. Er sehe die sozialen Medien als Beschleuniger, nicht so sehr als Ursache für die Prozesse, die wir aktuell beklagen. Ganz konkret könnten in Mannheim derzeit keine aktiven Akzente gesetzt werden durch digitale Medien, das Instrument werde eher reaktiv – im Sinne von „etwas nicht stehen lassen“ – eingesetzt. Im analogen Bereich sei man da aktuell wirksamer unterwegs.

In Mannheim gebe es eine Erklärung für das „Zusammenleben in Vielfalt“, die in einem dialogischen Verfahren vor dem Hintergrund des Gaza-Konflikts (türkische Demonstration mit Verunglimpfung der jüdischen Bevölkerung) entstanden ist. Diese Erklärung wurde in einem analogen Verfahren in Arbeitsgruppen mit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religionen erarbeitet. Der Dialog wurde 2009 begonnen und wurde inzwischen etwa um Fragen zu Gleichberechtigung und Menschen mit Behinderung erweitert sowie zu einem Bündnis mit 250 Mitgliedern und der Durchführung von Veranstaltungen erweitert.

Bei der Frage nach dem Zeitpunkt des „Verlassens eines demokratischen Dialogs“ wies Marina Weisband darauf hin, dass sie etwa persönlich nicht an Talk-Shows mit AfD-Vertretern teilnehme. Dieses könne man durchaus kontrovers diskutieren, kann aber zur Auflösung gebracht werden, wenn man mit der AfD zum Beispiel zu allen möglichen Themen diskutiere, außer zum Thema Migration – etwa zu Renten, Bildung, Verkehr etc. Peter Kurz verwies darauf, dass Distanzierungen – sei es von der eigenen Partei oder auch von der Bundespolitik – zwar zu einer vermeintlich gesteigerten Glaubwürdigkeit (hier persönlich bzw. kommunal) führten, dieses systemisch jedoch verheerend sein kann. Abschließend bemerkte er, dass die nachvollziehbare Gefühlsebene, nicht beheimatet zu sein, adressiert werden müsse.



Abb. 7: Prof. Dr. Armin Nassehi von der Ludwig-Maximilians-Universität München

## Kommunikation unter den Bedingungen von Komplexität und Perspektivenvielfalt

**Prof. Dr. Armin Nassehi** von der Ludwig-Maximilians-Universität München stellte einleitend zu seinem Vortrag fest, dass doch – entgegen des landauf, landab bestehenden Gefühls – ziemlich viele Dinge gut funktionierten. Und wenn etwas nicht funktioniere, werde das dann als Abweichung der Regel identifiziert oder bemerkt, dass etwas nicht mehr so ist, wie es mal war. Heute gehe es etwa den Ärmsten besser als den Mittelschichten vor drei Generationen. Zu Thema und Programm des Verbandstages bemerkte er, dass es – mit dem Blick auf die Demokratie – nicht nur politische Wirklichkeiten gebe,

sondern darüber hinaus auch andere, die gerade in der Stadtentwicklung eine erhebliche Rolle spielen: die Foren der Investoren, die der wissenschaftlich abgeleiteten Vorgaben, die der Kontinuität des politischen Konzepts oder die der rechtlichen Betrachtung. Zum Thema Kommunikation bemerkte er, diese sei eine unvermeidliche Form: Man könne sich nicht etwa dafür entscheiden, nicht zu kommunizieren. Je komplexer die Situation sei, desto mehr brauche man Kommunikation, um die unterschiedlichen Perspektiven aufeinander zu beziehen. Die Funktion von Kommunikation sei in erster Linie, mit Abweichungen umzugehen.

Anhand zweier Beispiele unterstrich Armin Nassehi, dass Kommunikation eingebettet sei in gewisse Erwartungsstrukturen und in den Erfahrungshintergrund, dass die Bedeutung des propositionalen Gehalts eines Satzes von der Situation abhängig sei, in der der Satz gesprochen wird. Vor diesem Hintergrund würden Sätze kodiert und daraufhin abgeprüft, was sie in bestimmten Zusammenhängen bedeuten. Kommunikation könne deshalb nicht immer die Lösung, sondern manchmal auch das Problem sein. Moderne Gesellschaften seien darauf ausgelegt, Kommunikation zu steigern, während man in früheren Zeiten noch mit wenigen Worten darlegen konnte, was zu tun sei – was heute als unglaublich interessant wahrgenommen werde. Darauf könnten sich moderne Gesellschaften nicht verlassen. Kommunikation erzeuge vielmehr erst die Bedeutungen, über die wir kommunizieren – und das Medium dazu sei die Bildung.

Wenn man kommunikativ etwas erreichen wolle, sei man darüber hinaus vom Response abhängig. Deshalb hänge Kommunikation immer vom Gegenüber, von dem man etwas er-

reichen will, und seiner Reaktion ab. Nicht umsonst besetzten Diktatoren – etwa bei einem Putsch – zuerst die Kommunikationseinrichtungen wie Fernsehen und Zeitungsredaktionen. Zur Wirkungsweise von Demokratie bezog sich Armin Nassehi auf das „stellvertretende Sprechen“ und auf die Selbstwirksamkeit von Formulierungen, frei nach dem Motto: „Das Argument, das gerade vorgebracht wurde, könnte auch mein Argument sein.“ So übernahmen wir selbst auch Formulierungen, die wir etwa in Talkshows oder in anderen Diskussionen oder Zusammenhängen aufgeschnappt haben. Mit einem Exkurs über Regeln und Normen, die etwa bei Partizipationsprozessen im Internet unabdingbar sind, beschloss er seinen Vortrag über Kommunikation und Demokratie unter den Bedingungen von Komplexität und Perspektivenvielfalt.

### Nach dem Verbandstag ist vor dem Verbandstag

Prof. Dr. Jürgen Aring schloss den vhw-Verbandstag 2018 mit einer kurzen Zusammenfassung der Veranstaltung, mit dem Dank an alle Mitwirkenden und einem Ausblick auf die anstehenden Aufgaben des Verbandes. Er lud alle Anwesenden ein, auch im Jahr 2019 wieder dabei zu sein.

Dr. Frank Jost

Wiss. Referent beim vhw e.V., Berlin



**Herausgeber und Redaktion wünschen besinnliche Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr 2019!**